

## Hinweise zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. Vormundschaften Arbeitsbereich Vormundschaften, Pflegschaften

Mit diesem Hinweisblatt wollen wir Ihnen einen Überblick über Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns geben und Sie über Ihre Rechte aus dem Datenschutz informieren. Dazu sind wir gem. Art. 13, 14 DSGVO i.V.m. §§ 82, 82a SGB X verpflichtet.

1. **Verantwortliche Stelle** für den Datenschutz ist:

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Postadresse:

Blücherstr. 62

10961 Berlin

Telefon: 030 787902-0

E-Mail: [info@awoberlin.de](mailto:info@awoberlin.de)

---

2. Den **Datenschutzbeauftragten** des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. erreichen Sie wie folgt:

Thorsten Ritter

agentia wirtschaftsdienst compliance

Udo Wenzel & Thorsten Ritter GbR

Budapesterstr. 31

10787 Berlin

Telefon: 0171 / 5224457

[datenschutz@awoberlin.de](mailto:datenschutz@awoberlin.de)

---

3. Wir verarbeiten Ihre Daten und die Daten Ihres Kindes bzw. Ihrer Kinder auf **Grundlage** des Art. 6 Abs. 1c der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO), des § 35 SGB I, des § 68 ff. SGB VIII, der §§ 67 ff. SGB X, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

4. Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt **zur Erfüllung der Aufgaben** des Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. bei der Ausübung der durch das Familiengericht auf den Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e.V. übertragenen Vormundschaften bzw. Pflegschaften. Unsere Aufgabe als Vormund oder Pfleger ist es, Kinder oder Jugendliche auf den jeweiligen Wirkungskreis einzelfallbezogen gesetzlich zu vertreten und ihre Rechte durchzusetzen.

Als **Vormund** umfasst die Aufgabenwahrnehmung die Personen- und Vermögenssorge für die vertretenen Kinder oder Jugendlichen.

Als **Pfleger** wird die Aufgabenwahrnehmung für die vertretenen Kinder oder Jugendlichen vom jeweiligen Wirkungskreis bestimmt (z.B. Aufenthaltsbestimmung, Gesundheitsvorsorge, schulische Angelegenheiten oder Behördenvertretung).

In der Zusammenarbeit mit Behörden findet auch ein Austausch Ihrer Daten statt.

Zur Erfüllung der uns übertragenen Aufgaben nutzen wir **keine vollautomatisierten Entscheidungsfindungsverfahren**. Es findet **kein Profiling** statt.

5. Ihre personenbezogenen Daten werden hier zur Erfüllung einer durch Gesetz übertragenen Aufgabe und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen erhoben. Sofern die Daten von Ihnen nicht bereitgestellt werden, kann das dazu führen, dass wir die uns übertragene Aufgabe nicht erfüllen können. In bestimmten, durch Gesetz vorgegebenen Fällen, haben wir die Möglichkeit die erforderlichen Daten bei Dritten zu erheben, sofern die Daten von Ihnen nicht bereitgestellt werden.

6. Eine **Weitergabe Ihrer Daten innerhalb des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. Vormundschaften** erfolgt nur, soweit das zur Erfüllung unserer Aufgaben und Verpflichtungen **notwendig und erforderlich** ist.

Eine **Weitergabe Ihrer Daten an Empfänger außerhalb** des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. Vormundschaften dürfen wir **nur** vornehmen, wenn wir **gesetzlich dazu verpflichtet** sind, Sie eine **Einwilligung erteilt** haben oder eine **gesetzliche Bestimmung** die Weitergabe erlaubt. Unter diesen Voraussetzungen können im Einzelfall Empfänger Ihrer Daten andere öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Gerichte, Bezirksämter und deren Behörden) oder nicht öffentliche Stellen und Personen (z.B. Schulen, Banken, Elternteile) sein.

Eine **Weitergabe Ihrer Daten an Stellen außerhalb der Europäischen Union oder an internationale Organisationen** dürfen wir nur vornehmen, wenn wir **gesetzlich dazu verpflichtet** sind, Sie eine **Einwilligung erteilt** haben oder eine **gesetzliche Bestimmung** die Weitergabe erlaubt. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger Ihrer Daten beispielsweise sein: Botschaften oder Konsulate für Registrierungen oder Passbeschaffungen, oder für die Abwicklung und Ausführung internationaler Abkommen zuständige Behörden und Gerichte.

Beruhet unsere Befugnisse zur Weitergabe Ihrer Daten nicht auf einer gesetzlichen Bestimmung, sondern auf Ihrer **Einwilligung**, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu **widerrufen**.

7. Ihre personenbezogenen Daten werden hier solange gespeichert, wie es zur Erfüllung der unserer Aufgaben und Verpflichtungen erforderlich ist. Für abgeschlossene Vorgänge gelten **Aufbewahrungsfristen** zu deren Einhaltung wir verpflichtet sind. Nach Ablauf der entsprechenden Fristen werden die **Daten gelöscht**.

Nach den Ausführungsvorschriften über Vormundschaften, Pfllegschaften und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche (AV-VormBeist) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft vom 10.11.2016 gelten folgende Aufbewahrungsfristen:

- Akten über bestellte Vormundschaften, Personensorgerechtspflegschaften, Vermögenspflegschaften (30 Jahre) - bei Fremdunterbringung des Kindes (40 Jahre);
- Akten über gesetzliche Vormundschaften und Ergänzungspflegschaften (10 Jahre) - bei Fremdunterbringung des Kindes (40 Jahre);
- Adoptionsakten (100 Jahre);
- Beratungs- und Unterstützungsvorgänge (§ 52a SGB VIII) werden 3 Jahre aufbewahrt.
- Urschriften von Urkunden sowie das Mündelregister werden 100 Jahre lang aufbewahrt.

8. Sie haben bezogen auf Ihre hier gespeicherten personenbezogenen Daten grundsätzlich das Recht auf **Auskunft** (Art. 15 DSGVO), das Recht auf **Berichtigung** (Art. 16 DSGVO), das Recht auf **Löschung** (Art. 17 DSGVO), das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO), das Recht auf **Widerspruch** (Art. 21 DSGVO) sowie das Recht auf **Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO). Im Einzelfall kann es Einschränkungen dieser Rechte geben, sofern überwiegende Interessen Dritter vorliegen und ein zwingendes öffentliches Interesse an einer Einschränkung dieser Rechte besteht oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Daten verpflichtet, §§ 83, 84 SGB X.

Wenn Sie annehmen, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer persönlichen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich an die zuständige Datenaufsichtsbehörde wenden. Diese geht der Beschwerde nach und unterrichtet Sie über das Ergebnis.

Zuständige **Datenaufsichtsbehörde** ist:

**Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,**

Postadresse:

Friedrichstr. 219,

Telefon: 030 13889-0

Email: [mailbox@datenschutz-berlin.de](mailto:mailbox@datenschutz-berlin.de)